

Unbehelflich ist die Anrufung des Art. 2 ZGB durch den Rekurrenten, und zwar aus dem von der Vorinstanz angeführten Grunde (dass die Verweigerung der Vollstreckung eine Retorsionsmassnahme sei, die im öffentlichen Interesse aufgestellt wurde und von Amtes wegen beachtet werden müsse), ganz abgesehen davon, dass jene Vorschrift im Gebiete des Schuldbetreibungsrechtes nicht anwendbar ist (vgl. BGE 42 III S. 85 und die dortigen Zitate).

Ist somit der Entscheid der Vorinstanz zu bestätigen, so kann dahingestellt bleiben, ob der Appellationshof des Kantons Bern zuständig war, die Rechtsöffnung verbindlich für die Betreibungsbehörden zu gewähren, gleichgültig ob die Ladung zur Verhandlung vor dem Rechtsöffnungsrichter erster Instanz an die Rekursgegnerin zugestellt worden war, bevor sie ihren Sitz nach Basel verlegte, oder nicht, was dahinsteht.

Demnach erkennt die Schuldbetr.- und Konkurskammer :

Der Rekurs wird abgewiesen.

36. Entscheid i. S. Sport A.-G. vom 7. Juni 1928.

Eigentumsansprache im Konkurs. SchKG Art. 242, 260; KV Art. 47, 48.

Wenn ein Konkursverwalter in Missachtung der Vorschriften der Art. 47 und 48 KV fälschlicherweise die Gläubiger zur Klage gegen den Drittsprecher auffordert, diese irrtümliche Aufforderung aber nachträglich korrigiert, so handelt es sich hiebei um eine interne Angelegenheit zwischen dem Konkursamt und den Gläubigern, die den Drittsprecher nicht berührt und ihn daher auch nicht zur Erhebung einer Beschwerde berechtigt.

Durch die Mitteilung des Konkursverwalters an den Drittsprecher, dass der Anspruch anerkannt werde, werden, falls diese Mitteilung in Verletzung des in Art. 47 und 48 KV vorgeschriebenen Verfahrens erfolgte, die Rechte der Gläubiger auf Abtretung der Ansprüche der Masse nicht tangiert.

Revendications des tiers dans la faillite. Art. 242 et 260 LP; 47 et 48 ord. faill.

Lorsque, contrairement aux prescriptions des art. 47 et 48 de l'ordonnance sur l'administration des offices de faillite, l'administrateur de la faillite invite les créanciers à intenter action contre le tiers revendiquant, mais qu'il corrige par la suite cette erreur, on est en présence d'une difficulté d'ordre interne concernant les rapports entre l'office de faillite et les créanciers et n'intéressant pas le tiers, lequel n'est par conséquent pas fondé à porter plainte.

Le fait que l'administrateur de la faillite informe le tiers que sa revendication est admise ne porte pas atteinte au droit des créanciers de se faire céder les prétentions de la masse lorsque la communication de l'administrateur va à l'encontre des art. 47 et 48 ord. citée.

Rivendicazione nel fallimento. Art. 242 e 260 LEF; 47 e 48 Regolamento sull'Amministrazione dei fallimenti (RAF).

Se, contrariamente a quanto dispongono gli art. 47 e 48 RAF, l'amministrazione del fallimento invita i creditori a intentare azione contro il terzo rivendicante, ma corregge in seguito l'errore, si tratta d'una controversia di ordine interno concernente i rapporti dell'ufficio dei fallimenti ed i creditori, non interessante il terzo, il quale quindi non ha veste per ricorrere.

La circostanza, che l'amministrazione del fallimento comunica al terzo che la sua rivendicazione è ammessa, non tange il diritto dei creditori di farsi cedere le pretese della massa, quando la comunicazione è contraria al procedimento previsto dagli art. 47 e 48 RAF.

A. — Im Konkurs des Fritz Ramseier, Mechanikers in Münsingen, meldete die Konkursgläubigerin, Sport A.-G. in Biel, einen Eigentumsanspruch an verschiedenen von ihr dem Gemeinschuldner gelieferten Objekten (Velos, Bestandteilen für Velos, maschinellen Einrichtungen, Werkzeugen u. a.) an, worauf die Konkursverwaltung (Konkursamt Konolfingen) am 10. Dezember 1927 eine Verfügung traf, wonach die fraglichen Gegenstände der Ansprecherin herausgegeben werden sollten. Hievon machte sie mittels eines am 12. Januar 1928 erlassenen Rundschreibens den Konkursgläubigern Mitteilung mit dem Bemerken, dass, falls die Gläubiger diese Verfügung anfechten wollten, sie bis spätestens

den 20. Januar 1928 eine Klage anhängig zu machen hätten, ansonst angenommen würde, dass die Verfügung genehmigt werde. Bevor diese Frist abgelaufen war, widerrief jedoch das Konkursamt die Verfügung (am 19. Januar) und erliess, da die am 24. Februar abgehaltene zweite Gläubigerversammlung nicht beschlussfähig war, am 12. April 1928 ein zweites Rundschreiben an die Konkursgläubiger, in dem es diese aufforderte, bis zum 25. April dem Konkursamt mitzuteilen, ob sie den erwähnten Anspruch anerkennen oder nicht. Für den Fall der Anerkennung durch die Mehrheit der Gläubiger werde den Konkursgläubigern die Abtretung der Ansprüche gemäss Art. 260 SchKG offeriert, welche Begehren bis zum 5. Mai einzureichen seien. Nichtgeltendmachung von Abtretungsansprüchen gelte als Verzicht.

B. — Hiegegen beschwerte sich die Eigentumsansprecherin, Sport A.-G., bei der kantonalen Aufsichtsbehörde, indem sie verlangte, das erwähnte Rundschreiben vom 12. April sei aufzuheben, und es sei festzustellen, dass die im ersten Rundschreiben vom 12. Januar den Gläubigern eröffnete Herausgabeverfügung in Rechtskraft erwachsen und demgemäss zu vollziehen sei.

C. — Mit Urteil vom 22. Mai 1928 hat die kantonale Aufsichtsbehörde die Beschwerde abgewiesen.

D. — Hiegegen hat die Beschwerdeführerin am 1. Juni 1928 den Rekurs an das Bundesgericht erklärt, indem sie das bei der Vorinstanz gestellte Rechtsbegehren wiederholte.

Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung :

Der Konkursverwalter ist nicht befugt, die Herausgabe eines vindizierten Gegenstandes von sich aus definitiv zu verfügen, sondern er hat, wenn er einen derartigen Anspruch anerkennen will, die Anzeige hievon an den Ansprecher sowie die Herausgabe an diesen zu unterlassen, bis feststeht, ob nicht die zweite

Gläubigerversammlung etwas anderes beschliesst oder ob nicht einzelne Gläubiger nach Art. 260 SchKG die Abtretung der Ansprüche der Masse auf die betreffenden Gegenstände verlangen (Art. 47 KV). Zu diesem Zwecke hat er gemäss Art. 48 KV in der Einladung zur zweiten Gläubigerversammlung oder allenfalls auf einem besondern Zirkular ausdrücklich zu bemerken, dass Abtretungsbegehren im Sinne von Art. 260 SchKG bei Vermeidung des Ausschlusses in der Versammlung selbst oder spätestens binnen 10 Tagen nach ihrer Abhaltung bzw., falls die Anzeige durch Zirkular erfolgt, binnen der darin angesetzten Frist zu stellen seien. Wenn nun ein Konkursverwalter, wie dies vorliegend geschehen ist, in Missachtung dieser Vorschriften fälschlicherweise die Gläubiger zur Klage gegen den Drittsprecher auffordert, diese irrtümliche Aufforderung aber nachträglich korrigiert, so handelt es sich hiebei um eine rein interne Angelegenheit zwischen dem Konkursamt und den Gläubigern, die den Ansprecher in keiner Weise berührt und ihn daher auch nicht zur Erhebung einer Beschwerde berechtigt. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass die Eigentumsansprecherin im vorliegenden Falle, da sie auch zugleich Konkursgläubigerin ist, von dieser unrichtigen Herausgabeverfügung des Konkursamtes Kenntnis erhalten hat. Denn dadurch wurden, da die Herausgabe selber noch nicht stattgefunden hat, die Rechte der Gläubiger auf Abtretung der Ansprüche der Masse nicht tangiert. Sodann käme aber auch der mittels des fraglichen Zirkulars vom 12. Januar veröffentlichten Verfügung auf alle Fälle deshalb keine rechtliche Bedeutung mehr zu, weil der Konkursbeamte diese noch vor Ablauf der darin angesetzten Frist widerrufen hat. Allerdings wurde im Protokoll nur vermerkt, dass die angesetzte « Klagefrist » widerrufen werde. Hiebei handelte es sich jedoch, wie die Vorinstanz richtig bemerkt hat, zweifellos nur um eine ungeschickte Ausdrucksweise. Der Konkursbeamte wollte und hat damit das ganze

von ihm in ungesetzlicher Weise angebahnte Herausgabeverfahren widerrufen, um es neu, den bestehenden Vorschriften entsprechend einleiten zu können (was er auch durch den Erlass des zweiten Rundschreibens vom 25. April getan hat). Dass er diesen Widerruf den Parteien nicht sofort mitgeteilt, spielt keine Rolle, es genügt, dass er die Verfügung tatsächlich aufgehoben hat.

Demnach erkennt die Schuldbetr.- und Konkurskammer :
Der Rekurs wird abgewiesen.

37. Arrêt du 13 juin 1928

dans la cause **Caisse Hypothécaire de Genève.**

Convention franco-suisse de 1869.

Loi régissant les effets de la faillite. Les effets de la faillite ouverte dans l'un des Etats contractants s'étendent à l'autre pays et y sont régis par la loi du pays où le jugement déclaratif a été rendu, sous réserve des dispositions de l'art. 6 al. 2, 3 et 5 et de l'art. 7 de la convention.

Poursuites individuelles des créanciers hypothécaires. Dès l'instant qu'en droit français les créanciers hypothécaires conservent, nonobstant la faillite, leur droit de poursuite individuel en réalisation de l'immeuble hypothéqué, le syndic d'une liquidation judiciaire ouverte en France n'est pas fondé à s'opposer à la continuation d'une poursuite en réalisation d'hypothèque introduite en Suisse.

Schweizerisch-französischer Gerichtsstandsvertrag von 1869:

Die Wirkungen des in einem der Vertragsstaaten ausgesprochenen Konkurses werden auf den anderen Vertragsstaat ausgedehnt und hier vom Rechte desjenigen Vertragsstaates beherrscht, in welchem der Konkurs eröffnet worden ist, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Art. 6 Abs. 2, 3 und 5 und des Art. 7 des Staatsvertrages.

Da nach französischem Rechte die Grundpfandgläubiger trotz der Konkurseröffnung die Befugnis zur Einzelvollstreckung in das verpfändete Grundstück behalten, so kann der Vertreter der Masse (Syndic) einer in Frankreich eröffneten « liquidation judiciaire » die Fortsetzung einer in der Schweiz angehobenen Grundpfandbetreibung nicht hindern.

Trattato Franco-Svizzero del 1869.

Legge che regge gli effetti del fallimento.

Gli effetti di un fallimento aperto in uno degli stati contraenti - si estendono all'altro e sono retti dalla legge del paese della dichiarazione del fallimento, riservati i disposti dell'art. 6 cap. 2, 3 e 5 e dell'art. 7 del trattato.

Esecuzione individuale dei creditori ipotecari. Poichè, secondo il diritto francese, i singoli creditori ipotecari conservano il diritto, malgrado il fallimento, di escutere singolarmente il debitore in realizzazione del pegno, il sindaco di una liquidazione giudiziaria aperta in Francia non ha la facoltà di opporsi al proseguimento di un'esecuzione in realizzazione di pegno immobiliare promossa in Svizzera.

Jean, dit John Conversy, négociant à St-Julien (Haute-Savoie), possède à Genève des immeubles grevés d'une hypothèque donnée à la Caisse hypothécaire de Genève pour garantir le paiement d'une dette de 42,000 fr.

En date du 7 juin 1926, la Caisse hypothécaire a intenté à son débiteur Conversy une poursuite en réalisation d'hypothèque ; le commandement de payer n'a pas été frappé d'opposition.

En août 1927, Conversy obtint à Genève un sursis concordataire, mais le concordat ne fut pas homologué par le motif qu'une liquidation judiciaire avait été ouverte en France, à St-Julien, contre le débiteur.

Celui-ci fut déclaré en faillite, à Genève, le 14 février 1928, mais la faillite fut révoquée le 3 mars par la Cour de Justice.

La Caisse hypothécaire demanda alors la continuation de sa poursuite en réalisation d'hypothèque.

L'office de Genève lui répondit le 8 mars 1928 que sa poursuite en réalisation d'hypothèque était suspendue jusqu'à nouvel avis, à la requête de M^e Belin, avoué à St-Julien, syndic de la liquidation judiciaire Conversy.

La créancière porta plainte contre cette décision de suspension en concluant à ce qu'il plaise à l'Autorité de surveillance :

1. dire que la suspension des poursuites prononcée par l'office ne concernait pas la réalisation des immeubles,

2. impartir un délai convenable à M^e Belin :